

J m Werkstoff-Prüfmaschinen werk Leipzig fragten einige Kollegen: Ist es zweckmäßig, einen Friedensvertrag nur mit der DDR abzuschließen? Würde dadurch nicht die Lage verschärft und die Kriegsgefahr verstärkt? Wenn ein solches Argument kursiert, dann muß sich die Parteiorganisation natürlich damit auseinandersetzen. Dieses Argument ist offensichtlich „nicht auf dem eigenen Mist gewachsen“. Wieso? Die Bonner Militaristen wollen keinen Friedensvertrag, da dieser ihrem Treiben ein Ende bereiten würde. Um nicht selber als Feinde des Friedens dazustehen, verfälschen sie mehr oder weniger plump die Vorschläge der Sowjetunion und der DDR.

Wer das Memorandum der Sowjetregierung oder die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auch nur einmal durchliest, wird das Täuschungsmanöver und die Fälschung der Bonner Feinde eines Friedensvertrages schon durchschauen. Was schlägt die Sowjetunion wirklich vor? Nicht mehr und nicht weniger als **V e r h a n d l u n g e n** über einen Friedensvertrag und die Lösung des Westberlinproblems, und zwar so, daß die Friedensregelung noch in diesem Jahre erfolgen kann. Jeder sieht, daß es sich weder um eine Drohung noch um ein Diktat handelt.

In Übereinstimmung mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit dem Willen der Mehrheit unseres Volkes hat die Sowjetunion im einzelnen folgendes vorgeschlagen:

1. Abschluß eines einheitlichen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. In einem solchen Vertrag ginge es nicht darum, irgend etwas in Deutschland zugunsten irgendeines Staates zu verändern. Weder will die Sowjetunion Westdeutschland „einkassieren“ noch will die DDR in die kapitalistische Ordnung der Bundesrepublik eingreifen. Das ist Sache der Bevölkerung und nicht eines Friedensvertrages. Er soll lediglich die nach dem Kriege in Europa entstandene Lage fixieren, die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen juristisch formulieren und die Lage in Westberlin normalisieren. Nicht einmal der sofortige Austritt Westdeutschlands aus der NATO wird als Bedingung gestellt.

2. Sollten die Westmächte nicht bereit sein, einen einheitlichen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abzuschließen, dann wäre es auch möglich, jeeinen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik abzuschließen, Verträge, die auf den gleichen Grundsätzen beruhen, aber nicht unbedingt im Text übereinstimmen müßten. Auch darüber, ob alle Partner der Antihitlerkoalition beide Verträge oder nach ihrem Ermessen nur einen unterzeichnen, kann eine Verständigung herbeigeführt werden.

3. Schließlich unterstreicht die Sowjetunion die außerordentliche Verantwortung des deutschen Volkes für die Sicherung des Friedens. In Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht wird vorgeschlagen, daß beide deutsche Staaten „sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen ... einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen“. Es ist ein Ausdruck des großen Vertrauens, wenn in diesem Zusammenhang die Sowjetunion den Westmächten empfiehlt, mit ihr gemeinsam jede Vereinbarung anzuerkennen, die von den beiden deutschen Staaten getroffen wird. Dazu heißt es in der gemeinsamen Erklärung: „Die sowjetischen Vorschläge räumen den Vertretern beider deutscher Staaten weitreichende Vollmachten ein. In ihre Hand soll faktisch die Entscheidung darüber gelegt werden, ob ein einheitlicher deutscher Friedensvertrag vereinbart und unterzeichnet werden kann. Durch Verhandlungen von Vertretern beider deutscher Staaten kann jetzt ein entscheidender Beitrag für die Gestaltung der nationalen Zukunft unseres Volkes geleistet werden.“

Das ist der Kern der sowjetischen Vorschläge. Es geht jetzt darum, diese große nationale Chance zu nutzen. Bonn hat in der Vergangenheit alle Verhandlungen und Verständigungsangebote abgelehnt. Die Regierung der Bundesrepublik wird